



## Haushaltsrede 2015:

*Die Zukunft hängt davon ab, was wir heute tun.*

Harald Baal

Vorsitzender der CDU-Fraktion  
im Rat der Stadt Aachen

*Sperrfrist 28.01.2015 - 17:30 Uhr*

*Es gilt das gesprochene Wort*

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

zunächst bedanke ich mich bei der Kämmerin, dem Leiter der Kämmerei und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die gemeinsame Arbeit am Haushalt 2015 und der Finanzplanung bis 2018. Es gelingt Ihnen jedes Jahr aufs Neue, einen genehmigungsfähigen Haushaltsentwurf vorzulegen. Das sollte nicht zu dem Fehlschluss führen, dass das immer selbstverständlich ist und keiner besonderen Mühe bedarf.

Sie haben im Oktober 2014 einen genehmigungsfähigen Entwurf eingebracht, der im Laufe der Beratungen Verbesserungen erfahren hat. Deshalb direkt am Anfang der Debatte:

Herzlichen Dank für Ihren Einsatz,  
herzlichen Dank für Ihre Arbeit.

Wenn ich von Verbesserungen spreche, dann gehört dazu auch die Erhöhung der Grundsteuer. Nach fünf Jahren ohne Änderung wird die Grundsteuer an die Inflationsrate der letzten fünf Jahre angepasst. Für eine 70qm Wohnung bedeutet das: ein Euro mehr pro Monat. Der Winterdienst am letzten Wochenende hatte mehr Einfluss auf die Nebenkosten einer Wohnung, als diese Veränderung.

Wenn Sie das erste Mal in das Zahlenwerk des Haushalts eintauchen und sich durch fast 2.000 Seiten Zahlen in Tabellen, Spalten und Zeilen lesen, dann ist das nicht besonders spannend.

Wenn Sie, wie die neue CDU-SPD Koalition, Politik mit Leidenschaft betreiben, dann gelingt es Ihnen, hinter den Zahlen, die Fakten und Taten zu sehen, die Aachens Gegenwart und Aachens Zukunft beschreiben.

Aachen präsentiert sich heute als eine Stadt mit besonderer Vielfalt und Angeboten in den Bereichen Kultur, Schule, Jugend und Sport.

Aachen, das sind sechs Museen, neun Theater und ein Sinfonie-Orchester. Im Schnitt findet alle sechs Tage in Aachen ein Konzert statt.

Aachen in Zahlen, heißt auch:

- 12.139 Kinder besuchen 38 Grundschulen,
- 16.564 Kinder lernen in 25 weiterführenden Schulen.
- 136 Kitas bieten Platz für 7.401 Kinder.
- 33 Einrichtungen unterhalten Angebote für Kinder und Jugendliche
- 36 Sportplätze und eine Vielzahl von Sporthallen,
- fünf Schwimmbäder und ein Freibad

Das alles ist eine gute Grundlage für die zukünftige Entwicklung. Für uns ist das aber nicht genug. Wir wollen mehr. Wie Marie von Ebner-Eschenbach kann ich sagen:

*Wenn die Zeit kommt, in der man könnte,  
ist die Zeit vorüber, in der man kann.*

Wir sehen Aachens Zukunft als eine weltoffene Großstadt, die sich zunehmend als Wissenschaftsstadt im Herzen Europas profiliert.

Wir sehen eine Stadt, die Bildung vom U3-Platz bis hin zum Promotionsstudium an einer Exzellenzuniversität anbietet.

Wir sehen eine Stadt, die nicht nur in der eigenen Region über eine besondere Attraktivität verfügt, sondern sich über den Zuzug von Menschen aus allen Teilen der Welt erfreut.

Wir sehen eine europäische, eine internationale Stadt, in der die Menschen engagiert und tolerant zusammenleben – und das auch gut finden.

Wir sehen eine Stadt, in der jeder der kommt, willkommen ist.

Basis für uns ist dabei die Arbeit für den Standort Aachen. Entscheidend für die Frage, ob die Menschen in Aachen die Chance haben ein sinnerfülltes Leben zu führen, ist die Möglichkeit in Aachen einen Beruf auszuüben, der den Unterhalt der Familie sichert. Das wird nur mit weiteren, zusätzlichen Arbeitsplätzen gehen.

Die Kraftquelle, die wir in Aachen haben, sind die verschiedenen Hochschulen. Mit der RWTH und den Fachhochschulen verfügen wir in Aachen über ein enormes Potential für den globalen Wettbewerb um zukunftsfähige Arbeitsplätze. Ein Wettbewerb, der keinen Stillstand verträgt.

Das bedeutet für uns, dass wir die Entwicklungen rund um die Hochschulen festigen und beschleunigen. Dazu gehört die Fortentwicklung des Campus Melaten und die Vervollständigung des Campus West mit dem neuen Projekt Makers-Factory.

Dazu gehört auch eine nachhaltige Anbindung der Hochschulen an den ÖPNV. Dazu gehört für uns aber auch eine stärkere Verknüpfung des Hochschulviertels mit der Aachener Innenstadt.

In Aachen verbindet sich innerstädtisches Wohnen mit der historischen Innenstadt. Auf einer Vielzahl von öffentlichen Plätzen rund um das Weltkulturerbe erzeugt die Stadt eine urbane Atmosphäre, die nicht nur in Nordrhein-Westfalen besonders ist. Deshalb beleben wir den Einzelhandel rund um Dom und Rathaus.

Mit dem Innenstadtkonzept 2022 untermauern wir eine kraftvolle, wohnwerte Innenstadt. Dom und Rathaus sind keine historischen Museen, sondern lebendiges Herz unserer Stadt.

Dabei übersehen wir nicht, dass nicht einzelne Städte im Wettbewerb stehen, sondern wir einen Wettbewerb der Regionen erleben. Einen Standortwettbewerb der Regionen um junge Familien, kluge Köpfe und kreative Unternehmen. Wir haben dazu mit der Städtereion Aachen eine gute Grundlage - auch wenn es manchmal mühsam ist. Wir sollten dennoch nicht locker lassen und aktiv weiter an unserer - und mit unserer Region arbeiten - diesseits und jenseits der Grenze.

Voraussetzung für die positive Entwicklung der Wissenschaftsstadt Aachen ist Zuwanderung. Es wäre naiv und einfältig zu glauben, dass internationale, wissenschaftliche Exzellenz ausschließlich mit den hier lebenden Aachenerinnen und Aachenern zu erreichen ist. Qualität wächst mit dem Austausch.

Zuwanderung, das ist die Studierende aus dem sauerländischen Arnsberg ebenso wie der Flüchtling aus dem syrischen Aleppo. Die Bedürfnisse der beiden sind unterschiedlich. Die Talente sind möglicherweise nicht identisch. Gemeinsam ist beiden diese umfassende, leidenschaftliche und handlungsleitende Ausrichtung auf die Zukunft. Gemeinsam ist ihnen: Mut - Zuversicht - Hoffnung.

Zuwanderung hat Aachen im letzten Jahr auf über 250.000 Einwohner wachsen lassen. Ohne die Aufnahme der Flüchtlinge wäre unsere Stadt geschrumpft, und das wäre eine Entwicklung in die falsche Richtung.

*Die Zukunft hängt davon ab, was wir heute tun.*

Dieser Satz von Gandhi heißt für uns übersetzt: Wer Visionen will, muss heute Kräfte bündeln und sich auf das Wesentliche konzentrieren. Erst durch die Tat wird aus der Vision ein Ziel - abgeleitet von den Kernkompetenzen dieser Stadt. Das wird sicher nicht nur auf Zustimmung, sondern auch auf Skepsis stoßen.

In einer Demokratie gibt es immer die Möglichkeit zur Wahl. Es gibt aber auch die Verpflichtung zur Entscheidungen und zum Handeln.

Es mag den Einzelnen geben, der meint, "Et dät et os".

Es mag den Einzelnen geben, der lieber auf die Entwicklung der Wissenschaftsstadt verzichtet.

Es mag den Einzelnen geben, der die Auffassung vertritt, dass ein Verzicht auf Zuwanderung richtig ist.

Der Einzelnen muss dann aber auch akzeptieren, dass solch ein sorgengeleiteter Verzicht ein Verzicht auf Wohlstand in der Zukunft und ein Verzicht auf weitere soziale Sicherheit zur Folge hat.

Wer bestehende Zustände festschreibt, wer sich mit dem Erreichten zufrieden gibt, der schließt Veränderungen aus.

Der akzeptiert, dass Langzeitarbeitslose keine Arbeit finden.

Der akzeptiert, dass Kinder unterschiedlichen Zugang zu Bildung haben.

Der akzeptiert, dass Wohnungssuchende keine neue Wohnung finden.

Der akzeptiert, dass der Schwäche keine Hilfe erfährt, Ungerechtigkeiten festgeschrieben und Defizite nicht ausgeglichen werden.

Unsere Antwort zu dieser Art Skepsis sind fünf Worte:

*Einer trage des andern Last (Gal 6,2)*

Wir sind deshalb der Überzeugung, dass es richtig ist, Zukunftschancen zu eröffnen. Internationale Wissenschaftsstadt und Zuwanderung sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Sie bedingen sich gegenseitig.

Wir benötigen beides, wir benötigen Alle. Ohne geht es gar nicht.

Der Einzelne mag für sich die Wahl haben. Die Wahl zwischen dem Weg der Sorge und der Skepsis oder dem Weg der Hoffnung und der Zuversicht.

Was der Einzelne für sich als Alternative sieht, ist keine Alternative. Keine Alternative für Deutschland und erst recht keine Alternative für Aachen.

Die Stadt, die Gesellschaft, die Politik haben keine Wahl. Unsere Pflicht ist es nicht aufzuhören, Verbesserungen anzustreben und umzusetzen. Dazu ist die Koalition von Christdemokraten und Sozialdemokraten angetreten. Ich lade gerne Alle ein, diesen Weg mit uns gemeinsam zu gehen. Je größer der Schulterchluss, je stärker unsere Geschlossenheit, je größer ist unsere Erfolgsmöglichkeit. Wir gehen den Weg entschlossen, mit Mut, mit Zuversicht und mit Hoffnung – so wie die Menschen, die zu uns kommen.

*Am Ende wird alles gut,  
und wenn es nicht gut ist, dann sind wir noch nicht am Ende.  
(Oscar Wilde)*

## **Haushaltsrede 2016**

**Michael Servos**

**– Es gilt das gesprochene Wort –**





Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrte Damen und Herren,

noch im Dezember waren wir alle uns nicht ganz sicher, ob wir heute hier stehen und über den Haushalt der Stadt Aachen beraten würden. In hoher Schlagzahl gingen die Meldungen über Mehraufwendungen, Mindereinnahmen und zum Glück auch über Mehreinnahmen ein. **Ich danke daher an dieser Stelle ausdrücklich der Kämmerin Annkathrin Grehling und ihrem Team dafür, dass sie die Enden mit nur geringfügigen Änderungen zusammen gebracht haben.** Ich will hier nicht in Superlativen sprechen, nur soviel: In diesem Jahr waren wir einmal mehr knapp vor der Klippe.

**Als Politik sind wir hier mehr denn je gefragt, dafür zu sorgen, dass auch in Zeiten enger werdender Handlungsspielräume Menschlichkeit und Augenmaß die Prämissen unseres Handels sind.** In der aktuellen Haushaltssituation ist das keine leichte Aufgabe, aber insbesondere die positiven Meldungen aus Düsseldorf und Berlin haben uns sehr dabei geholfen, einen ordentlichen Haushalt auf die Beine zu stellen. Sei es bei der Kita-Finanzierung oder bei der Bezahlung der Unterbringung von Flüchtlingen: Die Landesregierung hält Wort und entlastet die Kommunen! Gleiches gilt für den Bund: Das Kommunalinvestitionsfördergesetz gibt uns an vielen Stellen in diesem Haushalt Freiräume Schwerpunkte zu setzen und Inhalte voran zu treiben. Ein herzlicher Dank geht deshalb auch an unsere Abgeordneten, die tagtäglich in Düsseldorf und Berlin für ihre Heimatstadt kämpfen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
es gibt vermutlich keine Haushaltsrede seit den 70ern, in denen nicht die knappen Kassen angesprochen werden. Die Deutlichkeit dieser Herausforderung hat die Kämmerin bereits beschrieben und Wilhelm Helg wird dies bestimmt gleich nochmal detailliert belegen.

Ich möchte es hier kurz machen: Es gilt mehr denn je Prioritäten zu setzen und die Dinge konzentriert anzugehen. Es gilt auch der Grundsatz: "Was man nie anpackt, dauert am längsten."<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Samwise Gamgee (Herr der Ringe)



Was also haben wir anzupacken? **Aus Sicht der sozialdemokratischen Fraktion gilt es in der Krise vor allem die Kernbereiche zu stärken: Wohnen - Bildung & Betreuung - Soziales.** Das gelingt uns mit dem heute zur Abstimmung stehenden Haushalt und es bleibt sogar noch Luft für wichtige standortpolitische Akzente.

Das aus unserer Sicht wichtigste Thema dieses Jahres und vielleicht sogar der ganzen Wahlperiode ist das Thema Wohnen, insbesondere öffentlich gefördertes Wohnen. Für viele Menschen, insbesondere für junge Familien, wird es immer schwerer möglich, sich in unserer Stadt ein Dach über dem Kopf zu leisten. Selbst kleine Wohnungen werden teurer und teurer. Meine Fraktion hat dies erkannt und schon früh die richtigen Prioritäten gesetzt. Gemeinsam mit unserem Koalitionspartner haben wir eine Strategie zur Schaffung neuen Wohnraums entwickelt. Seit der Wahl setzen wir diese Strategie besonnen und kontinuierlich um, z.B. mit der deutlichen Erhöhung der Quote für sozialen Wohnungsbau in Bebauungsplanverfahren auf bis zu 40%.

Aber fangen wir mal mit einer Bestandsaufnahme an: In den Jahren 2009 bis 2013 sind im Schnitt 70 öffentlich geförderte Wohnungen pro Jahr errichtet worden. 2014 waren es 260, **2015 dann 420 Wohneinheiten, also mehr als in der letzten Wahlperiode zusammen. Diese Zahlen lassen sich sehen und diese Zahlen sind das Ergebnis unserer Politik!**

Weil wir wissen, dass trotz dieser Erfolge noch viel zu tun ist, setzen wir diesen erfolgreichen Weg fort und ergänzen drei wichtige strategische Bausteine:

Gerade eine Stadt, die wachsen will, braucht bezahlbaren Wohnraum. Deshalb treiben wir die **Aktivierung der GeWoGe** weiter voran. Es gilt sie von ihren Fesseln zu befreien und den Einfluss der Stadt Aachen zu stärken. Endlich wird die städtische Wohnungsbaugesellschaft wieder ihrem Namen gerecht: Sie baut Wohnungen! In den kommenden Jahren plant Herr Hübner mit seinem Team die Errichtung von 400 weiteren Wohneinheiten. An dieser Stelle auch an ihn meinen ganz herzlichen Dank dafür, dass er die Rolle des Prinzen übernommen hat, der Dornröschen aus dem Schlaf küsst! Um ihm diese Aufgabe möglichst leicht zu machen, haben CDU und SPD im vergangenen Jahr einen Antrag eingebracht, der eine aktive Bodenvorratspolitik der Stadt Aachen fordert, denn es gilt: Nur wer über ein Grundstück verfügt, kann auch ein Haus bauen. Neben dem aktiven Bau von Wohnungen durch die GeWoGe



muss der Wohnungsbedarf strategisch begleitet, koordiniert und mit Nachdruck in der Verwaltung positioniert werden.

Aus diesem Grund haben wir die Fusion der Fachbereiche Wohnen und Soziales politisch forciert. **Soziales und Wohnen aus einem Guss zu denken ist eine Grundvoraussetzung, um strategische Ziele zu formulieren, Maßnahmen zu bündeln, Instrumente zu schärfen und zu koordinieren.** Im Übrigen heißt "Soziales" nicht "arme Leute" und "Wohnen" nicht "billiges Wohnen". Jede neue Wohnung entlastet den Markt und die Frage nach der räumlichen Verteilung und Art der zu errichtenden Wohnungen wird im neuen Fachbereich optimal beantwortet werden.

Schließlich muss uns allen klar sein: Alleine können wir als Stadt die Mammutaufgabe nicht bewältigen. Wer diese Position vertritt, übersieht, dass die erforderlichen personellen Ressourcen nicht verfügbar sind und selbst unter hohem finanziellen Aufwand und schmerzhaften Einschnitten an anderer Stelle gar nicht schnell genug aufgebaut werden könnten. Es gilt deshalb, **bestmögliche Rahmenbedingungen für Wohnbautätigkeiten privater Bauträger** zu schaffen, mit ihnen zu kooperieren und sie dazu zu bringen, sich auch im öffentlich geförderten Bereich zu engagieren.

Vor diesem Hintergrund wird auch die Debatte um den Flächennutzungsplan besonders spannend werden. Welche Neubaugebiete können wir ausweisen? Wie gewichten wir Naturschutz und wie gewichten wir den Wohnungsbedarf? Wie bringen wir diese Fragen in Einklang mit dem Bedarf an Gewerbeflächen?

Ohne Zweifel, das Thema Wohnen ist das vielleicht wichtigste Thema der aktuellen Wahlperiode und es gilt "Tue es oder tue es nicht. Es gibt kein Versuchen."<sup>2</sup>. Wir sind dabei es zu tun.

Der zweite große Schwerpunkt im vorliegenden Haushaltsentwurf ist der Kitausbau und die Bildung von Kindern und Jugendlichen. Wir leben glücklicherweise in einer wachsenden Stadt und kein ernstzunehmender Kommunalpolitiker stellt die erforderliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Frage. Wenn unser Aachen attraktiv für Menschen bleiben soll, die hier arbeiten und leben wollen, dann müssen wir jetzt alle Hebel in Bewegung setzen und den Kitausbau stärken. Es gilt dabei

---

<sup>2</sup> Meister Yoda (Star Wars)

insbesondere den **Dreiklang in der U3-Betreuung im Gleichgewicht zu halten: Qualität - Quantität - Beitragsfreiheit.**

Im Oktober des vergangenen Jahres hat uns dazu eine erschreckende Nachricht von Frau Dezernentin Schwier ereilt: Der U3-Ausbau stockt, die 50% Ausbauquote bis 2017 kann - anders als erwartet - unter den bisher geplanten Rahmenbedingungen nicht erreicht werden. Der Dreiklang muss im Gleichgewicht gehalten werden. Für uns gilt hier die Maßgabe: Zuerst muss Betreuung als Grundversorgung und in einer hohen Qualität für alle bereit gestellt werden.

Anstelle des ursprünglich geplanten zweiten beitragsfreien Kita-Jahres bringen wir mit diesem Haushalt daher ein kommunales Kita-Investitionsprogramm 2016-2020 auf den Weg. Dieses „**10-Kita-Programm**“ **sieht vor, bis 2019 insgesamt 20 Mio. Euro in den Kitausbau zu investieren.** Wir geben damit den vielen jungen Eltern in unserer Stadt nicht nur das wichtige Signal, dass wir sie dabei unterstützen, ihren Beruf und ihre Familie unter einen Hut zu bringen. Es ist vielmehr auch ein Versprechen, dass der Standort Aachen den Menschen gibt, die hier investieren und arbeiten wollen. Ein Signal, das sagt: „In Aachen lässt es sich nicht nur gut arbeiten und leben, Aachen bietet auch eine Heimat für Familien.“

Über diesen wichtigen Baustein hinaus werden wir die im vergangenen Jahr erfolgreich gestartete Randzeitenbetreuung weiter ausbauen. Gerade alleinerziehende Mütter und Väter, deren Arbeitszeiten sich oftmals nicht an den üblichen Betreuungszeiten ausrichten, sind in ihrem Alltag oftmals auf sich alleine gestellt. Die große Koalition hat hier im vergangenen Jahr erstmals signalisiert, dass die Stadt helfen will und kann. Diesen Weg setzen wir auch in 2016 fort.

Über den Bereich der frühkindlichen Bildung hinaus ist es im vorliegenden Haushaltsentwurf gelungen,

- den Bereich OGS durch zusätzliche Mittel zu stärken, damit die hohe Qualität der Nachmittagsbetreuung aufrecht erhalten werden kann,
- die freien Träger der Jugendhilfe zu entlasten, um das weitreichende Angebot der OTs für Kinder und Jugendliche weiter zu stärken
- sowie mit Hilfe des Landes und ein wenig Mut der handelnden Personen im vergangenen Jahr 18 Schulsozialarbeiterstellen zu entfristen.

Neben diesen vermehrten Anstrengungen in den Bereichen Wohnen, Kinderbetreuung und Bildung **gilt auch im Sozialbereich, dass trotz knapper Kassen die Aufrechterhaltung von Angeboten essentiell ist.** Mit einer Erhöhung der Zuschüsse bei den freien Trägern um im Schnitt zwei Prozent sichern wir diese Angebote für unsere Stadt.

Seit der Wahl stärken SPD und CDU die Quartiere: Wir wissen, dass Soziale Strukturen sehr heterogen sind und am besten durch gute Arbeit vor Ort gestärkt und verbessert werden können. Aus diesem Grund verfolgen wir in unserer Sozialpolitik eine verstärkte Quartiersorientierung. In 2016 werden wir deshalb die Ausweitung des Quartiersmanagements am Kronenberg fortsetzen. Auch die finanzielle Absicherung der für die sozialräumliche Arbeit bedeutsamen Begegnungszentren und ihrer unverzichtbaren Arbeit in den Quartieren ist für diesen Ansatz wichtig. Nach dem Wegfall von Stiftungsmitteln ist hier kurzfristig eine Lücke gerissen, die wir in der letzten Finanzausschusssitzung noch schließen konnten. **Ein wichtiges und gutes Signal für unsere Quartiere!**

An dieser Stelle vielleicht auch noch einige Worte zu den Geschehnissen in Köln. Ich bin Feminist und für mich gilt schon immer: **Frauenrechte sind Menschenrechte.** Sie sind grundsätzlich wichtig und gehören zu den Grundwerten meiner Partei. Ich empfinde es daher als Hohn, dass rechtspopulistische Gruppierungen, die bis vor kurzem noch die Rechte der Frauen mit Füßen getreten haben und sie auch heute noch am liebsten an den Herd ketten würden, sich jetzt zur Speerspitze des Feminismus aufschwingen. Das ist verlogen und wird den Opfern nicht gerecht. Was die Opfer brauchen sind keine Verallgemeinerungen, sondern echte Hilfe und eine funktionierende Justiz. Denn die Täter von Köln sind vor allem eines: Sie sind Täter. Als solche gehören sie mit allen Möglichkeiten des Gesetzes bestraft. Nicht mehr und nicht weniger. Die Kölnerinnen haben das sehr eindrücklich demonstriert. Sie lassen sich nicht von Rechtspopulisten vereinnahmen. **Sie lassen sich nicht einreden, dass Verbrechen eine Nationalität hat oder eine Sprache spricht.** Diese Frauen sollten wir uns zum Vorbild nehmen und uns nicht einreden lassen, dass die Menschen, die vor Gewalt und Krieg zu uns fliehen primär eine Gefahr für uns darstellen.

Meine Fraktion und ich sehen in der vermeintlichen Flüchtlingskrise vielmehr eine große Chance: Wir können als Staat, als Gesellschaft und auch persönlich an dieser Herausforderung wachsen. Es gilt, nicht nur Bedenken zu tragen und Risiken zu



sehen, sondern Potentiale zu erkennen und den Blick in die Zukunft zu richten. Die Menschen, die zu uns kommen haben viele solche Potentiale. Manche von ihnen sind Wissenschaftler oder Ingenieure, Künstler oder Facharbeiter und Handwerker. Viele sind junge Menschen mit Zielen und Visionen, die wir dabei unterstützen sollten möglichst schnell ein Teil unserer Stadt zu werden. Wir müssen Ihnen die Chance geben, unsere Werte und Bräuche zu verstehen und uns die ihrigen nahe zu bringen.

Natürlich ist es richtig: Unsere Gesellschaft wird sich verändern. Natürlich gibt es auch Kriminelle unter Flüchtlingen, niemand hält alle Flüchtlinge für Heilige. Und natürlich müssen wir alle Menschen bei der Integration mitnehmen. Wir wissen: Manche Aachener machen sich Sorgen, fürchten sich vor dem Fremden aber "Furcht führt zu Wut, Wut führt zu Hass. [Aber:] Hass führt [immer] zu unsäglichem Leid."<sup>3</sup>

Deshalb müssen wir raus aus diesem Ratssaal und erklären was passiert, müssen klar machen, dass wir alle profitieren können von unseren neuen Mitbürgerinnen und Mitbürgern und vor allem müssen wir heute die Weichen stellen, damit die Veränderung auch wirklich eine gute wird. Dabei gelten die Prämissen: **Offen bleiben, Frei bleiben, demokratisch bleiben und Faschisten widerstehen.** Gleichgültig, wie laut sie schreien. Denn "Es ist der Wert der Überzeugung, der den Erfolg ausmacht. Nicht die Anzahl der Anhänger!"<sup>4</sup> auf Facebook.

Unser Grundsatz bleibt: Wir wollen willkommen heißen! Wir dürfen nicht den Fehler machen, fanatische Terroristen mit den Menschen gleichzusetzen, die genau vor diesem Terror fliehen und Schutz bei uns suchen.

Menschen allerdings, die nach den erschütternden Attentaten von Paris als erstes den Bogen zu diesen Schutzsuchenden á la „Paris ändert alles“ schlagen, sind mir in dieser Stadt nicht willkommen! Auch nicht mit lustigen Hüten und falschen Bärten! Wenn ich mir ansehe, was die Öcher im vergangenen Jahr geschafft haben, von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung bis zu den hauptamtlichen und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, bin ich mir sicher, dass wir die uns gestellte Aufgabe gemeinsam bewältigen können. Herzlichen Dank an alle, die daran mitwirken, von denen, die in ihrer Freizeit Essen ausgeben bis zu denen, die Verständnis für ausfallende Sportangebote haben. Von freiwilligen Sprachlehrern bis zu denen, die Kleider spenden. Von unserem Dezernenten Manfred Sicking bis zum

---

<sup>3</sup> Meister Yoda (Star Wars)

<sup>4</sup> Remus Lupin (Harry Potter)

Hausmeister. Herzlichen Dank! **Sie sind das freundliche Gesicht unserer Stadt! Sie sind diejenigen, die für unsere Willkommenskultur stehen!**

Im letzten Jahr sind aus unserer Stadt viele gute Signale gesendet worden. Aachen brummt - in Aachen bewegt sich wieder etwas: 6.000 Menschen sind zu "Dom im Licht" auf den Katschhof geströmt, 260.000 waren in der Eröffnungswoche im neuen Einkaufszentrum Aquis Plaza und entgegen aller Unkenrufe sind auch im Domviertel die Straßen voll wie lange nicht mehr. In Sachen Neues Kurhaus hat sich endlich etwas bewegt, die Investoren von Explorado werden dem sanierungsbedürftigen Gebäude neues Leben einhauchen. Wir wollen diesen Schwung aus 2015 nutzen und im Jahr 2016 einen wichtigen standortpolitischen Schwerpunkt setzen: **Aachen, die Wissenschaftsstadt, wird 2016 das Wissenschaftsjahr einläuten.**

Die Koalition aus CDU und SPD hat hierzu im vergangenen Jahr ein umfangreiches Antragspaket eingebracht und wir freuen uns, dass die Hochschulen und andere Akteure unsere Initiative aufgreifen, das Gespräch suchen und uns bei der Umsetzung unterstützen. Wir alle wissen, wie wichtig die Hochschulen für unsere Stadt sind. Wir wissen um die Bedeutung von Forschung und Lehre für die Industrie und den Handel. Ich möchte hier aber einen weiteren wichtigen Aspekt des Wissenschaftsjahrs betonen: Wir müssen Forschung und Hochschulen für alle Aachenerinnen und Aachener greifbar machen. Es muss klar werden, warum der Friseur in Laurensberg von einer starken Hochschule genauso profitiert wie der Einzelhändler im Ostviertel. Hier geht es auch darum, die Hochschule sichtbar zu machen und als Perspektive und Ziel für Aachener Kinder zu öffnen.

Vor fast 8 Jahren, am 14.3.2008, wurde im Bürgerzentrum St. Fronleichnam der Film OstImpuls gezeigt. Ich erinnere mich noch gut an den Abend, an dem Studierende der RWTH und Jugendliche aus dem Ostviertel über ihren Kulturaustausch berichteten. Seitdem ist fast nichts passiert, um diese Barriere zu durchbrechen. Für mich und meine Fraktion stellt das Wissenschaftsjahr eine neue Chance dar, auch diese Jugendlichen mitzunehmen und Ihnen den Weg zur Hochschulbildung als echte Perspektive zu eröffnen. **Wir können es uns schlicht nicht leisten, auf die vielen schlaun Köpfe zu verzichten, die sich den Hochschulen der eigenen Heimatstadt so außen vor fühlen.**



Die Idee, Forschung für alle greifbar darzustellen, hatten auch Frau Prof. Jakobs und Herr Prof. Vallée: Sie wollen Wissenschafts- und Technologiefenster in der Innenstadt einrichten. Sie wollen Aachener Forschungsergebnisse erfassbar machen. Wir begrüßen diese Idee ganz besonders. Sie entspricht unserer Vorstellung von Wissenschaftsstadt und deshalb werden wir sie mit dem vorliegenden Haushalt auf den Weg bringen. Pünktlich zum Wissenschaftsjahr beginnen wir darüber hinaus mit der Elektrifizierung der Hochschullinie 33/73. Auch auf diese Weise können wir verdeutlichen, wie wichtig universitäre Forschung für uns alle ist und wie sehr sie unseren Alltag beeinflusst. Zur Wissenschaftsstadt gehört schließlich auch eine moderne, digitalisierte Stadtverwaltung und Ratsarbeit. Ich setze hierbei große Hoffnung in unseren neuen Dezernenten, Herrn Dr. Kremer, der die erforderlichen Erfahrungen mitbringt.

Aachen ist schon immer Stadt der Wissenschaft gewesen. Nun liegt es an uns, diesen Aspekt zu stärken und uns als der starke Standort zu zeigen, der wir sind.

Sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen,

gemeinsam mit unserem Koalitionspartner betreiben wir eine solide und sparsame Haushaltspolitik und schaffen es dadurch, trotz aller Widrigkeiten das Haushaltsdefizit in der Planung auch für die kommenden Jahre unter 5 Prozent des Eigenkapitals zu halten. **Wir erhalten die gewachsenen Strukturen und finanzieren dennoch notwendige Anpassungen bei Sachausgaben und Personalkostensteigerungen in den Bereichen Bildung, Soziales und Betreuung.** Gleichzeitig haben wir uns den inhaltlichen Herausforderungen insbesondere bei der Schaffung von Wohnraum und dem Ausbau des Kita-Angebots gestellt und unsere Schwerpunktthemen durch eine solide Prioritätensetzung abgearbeitet.

Ich bitte Sie um Zustimmung zu diesem ausgewogenen Entwurf, vielen Dank!





## Haushaltsrede von Ulla Griepentrog

(Es gilt das gesprochene Wort)

**Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,**

**um es gleich vorwegzunehmen: Die GRÜNE Fraktion stimmt dem vorgelegten Haushaltsentwurf nicht zu.**

**Es war ja schon in den Ausschussberatungen deutlich zu sehen: Der Haushalt der neuen Mehrheit hat schon im ersten Jahr, schon nach den ersten gemeinsamen Haushaltsberatungen keine Schwerpunkte, keine Botschaft und keine Vision.**

**Von einer Parteienkonstellation, die gemeinsam neu antritt, die über eine erdrückende Mehrheit im Stadtrat verfügt, von der muss man erwarten dürfen, dass sie sich der Zukunftsfragen annimmt, dass sie auch schwierige und unangenehme Aufgaben anpackt. Aber was erleben wir? Viel zu wenig, kein Gestaltungswille, keine Ideen!**

**Wenn Ihnen aber schon im ersten Jahr kaum etwas einfällt, was soll das denn werden in den nächsten fünf Jahren? Was ist mit den Zukunftsthemen dieser Stadt? Was ist mit den - zumindest aus unserer Sicht - drängenden Fragen in der Sozialpolitik, in der Bildungspolitik, in der Verkehrspolitik, bei der Luftreinhaltung, beim Umwelt- und beim Klimaschutz und im Städtebau?**

**Sie haben mit diesem Haushalt tatsächlich nur einen einzigen Akzent gesetzt. Sie haben Steuern und Gebühren erhöht und das war's.**

**Wir erinnern uns noch an die vollmundigen Reden des Fraktionsvorsitzenden der SPD in den letzten Jahren. In sehr scharfem Ton wurde damals die kostenlose Kinderbildung, die beitragsfreie Kita, mehr Wohnungsbau und mehr Sozialarbeit gefordert. Und jetzt? Nach nur wenigen Monaten in der Mehrheit sind bei den Sozialdemokraten schon alle Fahnen eingerollt, ist „Dabei sein“ in der Mehrheit alles.**

**Statt Beitragsfreiheit gab's erst mal Beitragserhöhungen für die Kindertagesstätten und statt einer Wohnungsbauoffensive gibt's erst mal Mieterhöhungen durch höhere Steuern.**

**CDU und SPD reicht der Hinweis auf die finanzielle Lage der Stadt, um diese Maßnahmen und Ihre Untätigkeit auf allen anderen Gebieten zu rechtfertigen. Die Erkenntnis, dass die finanzielle Situation der Stadt keine großen Sprünge zulässt, ist aber auch keine wirkliche Neuigkeit.**

**Bei einem Haushaltsvolumen von 800 Millionen Euro kann man auf der anderen Seite aber auch nicht davon sprechen, k e i n Geld zu haben.**

**Immerhin haben Sie vor, 20 Millionen in die Sanierung des Spielcasinos zu investieren und haben weder ein Nutzungskonzept, noch einen zweiten Mieter.**

**Immerhin erhöhen Sie den Zuschuss für die Therme in Erwartung von Schließzeiten und Umsatzeinbußen insgesamt um 1,5 Millionen Euro, ohne auf der anderen Seite die Finanzierung der Renovierung und Modernisierung der Therme konkret im Haushalt abgebildet zu haben.**

**Wir sollten die vorhandenen Haushaltsmittel besser in die Daseinsvorsorge, in eine präventive Sozialpolitik und einen umweltfreundlichen Verkehr investieren, der unseren Kindern nicht die Luft zum Atmen nimmt.**

**Wir haben Ihnen vorgeschlagen, die schnellere Modernisierung der ASEAG Dieselflotte drei Jahre lang mit einer halben Million Euro zu finanzieren. Das wäre ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Luftqualität in den besonders belasteten Innenstadtbereichen. Die Stadt muss hier doch mit gutem Beispiel vorangehen. Sie haben das abgelehnt!**

**Wir haben Ihnen vorgeschlagen, die Zahlungen der Stadt an die ASEAG jährlich um eine weitere halbe Million zu erhöhen, um schrittweise ein Elektrobussystem aufbauen zu können. Aber in ihrem Koalitionsvertrag kommt das Thema ÖPNV und Elektromobilität ja auch kaum vor. Die Fachleute im Mobilitätsausschuss haben einvernehmlich wenigstens einen Auftrag zur Konzeptentwicklung erteilt. Aber Geld in den Haushalt eingestellt haben Sie nicht.**

**Zwei Jahre nach der Abstimmung über die Campusbahn gibt es keine alternativen Pläne, keine Antworten auf die ungelösten Fragen, keine Perspektive für den Öffentlichen Nahverkehr.**

**Wir haben Ihnen vorgeschlagen, die Schulsozialarbeit, die bisher aus Mitteln des Bildungs- und Teilhabepakets bezahlt wurde, weiter zu finanzieren. Das Land stellt hierzu eine 70%ige Förderung zur Verfügung. Im Finanzausschuss wurde die Entscheidung darüber vertagt. Stimmen Sie wenigstens hier und heute mit uns überein, dass wir auf diese Arbeit an den Schulen nicht verzichten können. Nein, im Gegenteil, wir werden sie ausbauen müssen! Gut, dass die Verwaltung nun in dieser Woche erklärt hat, die Finanzierung in den für 2016 und den folgenden Jahren einplanen zu wollen.**

**Wie hier werden wir immer wieder zusätzliche Aufgaben übernehmen, neue Projekte finanzieren müssen. Es geht schlicht und einfach darum, wo wir die Prioritäten setzen. Es geht um die Fragen:**

**Wie machen wir unsere Stadt zukunftsfest?**

**Wie schützen wir die Umwelt, wie schaffen wir ein gesundes Klima?**

**Wie sorgen wir am besten für die gleichberechtigte Teilnahme aller am gesellschaftlichen Leben? Eine gute Bildung für alle – davon bin ich überzeugt – ist das beste, präventive Mittel gegen dumpfe Parolen wie in Dresden, gegen Gewalt und Terror wie in Paris.**

**Unsere vordringliche Aufgabe ist nicht die Sanierung eines Spielcasinos.**

**Wir sind nicht grundsätzlich gegen die Sanierung des Gebäudes. Allerdings muss sich die Investition rechnen und das ist, solange es kein Konzept und keine verbindlichen Mietverträge gibt, nicht der Fall. Der Eurogress wird die Finanzierung am Ende nicht stemmen können. Am**

**Ende wird dann wieder der städtische Haushalt das Defizit auffangen müssen. Deshalb sagen die GRÜNEN dazu ganz klar: NEIN! Der Haushalt kann sich keinen zweiten Tivoli leisten.**

**Westspiel investiert in Köln und plant dort selbst ein neues Kasino zu bauen. Warum sollte die Gesellschaft dann nicht auch eine größere Summe als bisher zugestanden in Aachen investieren?**

**Wir können uns auch keine steigenden Zuschüsse für die Therme leisten. Wir GRÜNE setzen andere Prioritäten:**

**Wir wollen die Stadt attraktiv machen für junge Menschen, indem sie hier einen leistungsfähigen, modernen ÖPNV nutzen können. Die Studierenden haben ein Semesterticket für Bus und Bahn, kein Auto.**

**Wir wollen die Freien Kulturinitiativen stärker fördern statt einen teuren und unnötigen Umbau eines Museumseingangs zu finanzieren.**

**Wir wollen aus dem Hangeweiher ein nach heutigen Ansprüchen attraktives Freibad machen, denn das ist auch ein Stück Daseinsvorsorge für breite Schichten der Bevölkerung.**

**Wir müssen uns doch fragen, für wen machen wir Politik in dieser Stadt. Wer profitiert wovon?**

**Dass wir deutlich unterschiedliche Schwerpunkte setzen, konnten wir vor wenigen Tagen eindrucksvoll beobachten. Als die Umweltzone kam, da stimmten CDU und SPD ein in das Wehklagen der Kaufleute. Zum Thema Luftreinhaltung haben Sie in diesem Zusammenhang leider nichts gesagt. Sie sprachen von einem harten Schlag und davon, dass sich die Gäste in unserer Stadt frei bewegen können müssen. Diese Reaktion auf die Umweltzone zeigt doch sehr deutlich, dass Sie mit Umwelt nicht viel am Hut haben.**

**Und auch im Bereich Planung und Stadtentwicklung fehlt ein ganz entscheidender Baustein, der für die Zukunft unserer Stadt von besonderer Wichtigkeit ist. Ganz bewusst hat die Große Koalition den Wettbewerb für den Bushof und die Entwicklung des Umfelds noch im Veränderungsnachweis aus dem Haushalt gestrichen. Kein Geld mehr für den städtebaulichen Wettbewerb. Kein Geld für die verkehrliche Entwicklung, für die Verlagerung von Haltestellen. Der Bushof ist ein**

**Dreh- und Angelpunkt für die Innenstadtentwicklung.**

**Hier soll sich also in den nächsten fünf Jahren gar nichts tun? Haben Sie sich den Bushof, die Räume der VHS mal angesehen? Sind Sie sicher, dass das da alles so bleiben kann? Und schon wieder müssen wir die Frage nach den Prioritäten stellen. Hauptsache Spielcasino und Neues Kurhaus? Ist das wirklich Ihr Ernst?**

**Die Große Koalition hat zudem in kurzer Zeit ein sehr entspanntes Verhältnis zur Verwaltung entwickelt. Die Kämmerin nutzt die Gelder des Schulreparaturprogramms als Steinbruch für nicht schulische Projekte und Sie sagen nichts. Wenn in den kommenden Jahren die zweite Stufe der technischen Sanierung des Hangeweiherers aus dem Topf für Realschulen bezahlt wird, wenn aus dem Topf der Gesamtschulen Maßnahmen aus Aachen-Nord finanziert werden, kommt von Ihnen kein Protest. Dabei haben einige Schulen in Aachen durchaus erheblichen Renovierungs- und Sanierungsbedarf, werden sogar Toilettenanlagen wegen Unbenutzbarkeit geschlossen.**

**Auch bei den Mitteln für Sanierung und Instandhaltung im städtischen Wohnungsbestand hat die Verwaltung die politisch beschlossene jährliche Anpassung willkürlich gekürzt. Von CDU und SPD haben wir auch hier keinen Widerspruch gehört. Sie nehmen das einfach so hin. War da nicht mal die Parole von der Wohnungsbauoffensive?**

**Nein, die Große Koalition übernimmt bisher nicht engagiert die Verantwortung für die Zukunft dieser Stadt. Ihnen reicht die Mehrheit, Sie scheinen gar nicht gestalten zu wollen.**

**Sie lassen den Oberbürgermeister und die Kämmerin gewähren und Sie fragen nicht, ob Aufgaben noch nötig sind, Aufgaben effizienter durchgeführt werden könnten. Sie machen keine Sparvorschläge. Sie heben stattdessen Steuern und Gebühren an. Wirkliche Initiativen zur Haushaltskonsolidierung können wir leider nicht erkennen.**

**Bei aller Kritik an den Mehrheitsfraktionen sind wir aber an einem Punkt auch sehr froh, dass wir uns in diesem Rat sehr einig sind. Denen, die zu uns flüchten vor Gewalt und Terror, vor Hunger und Not in ihren Heimatländern, denen stehen wir gemeinsam bei. Angesichts der Bilder**

**aus den Krisengebieten wird jedem klar: Diese Menschen kommen zu uns, um zu bleiben. Danke Ihnen allen für Ihre klare Haltung und danke auch von hier aus an die vielen Ehrenamtlichen, ohne die die Betreuung und Integration so nicht zu bewältigen wäre, und an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, die sich mit hohem Engagement und sehr oft über den Feierabend hinaus für eine menschenwürdige Unterbringung und eine gute Betreuung einsetzen.**

**Sehr geehrte Kämmerin, bei aller Kritik im Einzelnen auch ein herzliches Danke schön an Sie und Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.**

**Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.**

**Ulla Griepentrog  
Fraktionssprecherin Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

An die Redaktionen

Aachen, 27. Januar 2015

**Haushaltsrede 2015 (Sperrvermerk 28.1.2015, 17:00 Uhr)**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren,

Das Geld ist da. Diese Aussage wird Sie überraschen, denn im Haushalt der Stadt Aachen fehlt es ja wohl. Wie lässt sich dieser Zustand erklären? Eigentlich ganz einfach: Den Kommunen wird seit vielen Jahren durch Steuersenkungen des Bundes massiv Geld entzogen. Ein weiterer Grund für die Schulden auf kommunaler Ebene liegt in den von Land und Bund erlassenen, aber nicht ausreichend gegenfinanzierten Gesetzen. Das Prinzip der Konnexität, d. h. das Prinzip „Wer bestellt, der bezahlt“, ist seit Jahrzehnten verletzt worden.

Gegen diese finanzielle Ausblutung der Kommunen durch den Bund formiert sich zunehmend Widerstand. Das bundesweite Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“, dem sich viele Kommunen angeschlossen haben, fordert u. a. die Schaffung eines gerechten Gemeindefinanzsystems.

Wie können wir nun die Kommunen wieder ausreichend und stabil finanzieren? Hierzu bedarf es eines höheren Anteils der Kommunen am gesamten Steueraufkommen. Die Gegenfinanzierung könnte z. B. durch die Einführung einer Millionärssteuer und durch eine höhere Erbschaftssteuer erfolgen. Eine weitere Voraussetzung ist die strikte Beachtung des bereits erwähnten Konnexitätsprinzips.

Apropos Bundespolitik: Wie in Berlin, so haben wir nun auch in Aachen eine Große Koalition. Aber wir haben noch eine viel größere Koalition, die aus fast allen Ratsmitgliedern besteht und, zusammen mit der Verwaltung, alles tut, um Menschen, die vor Krieg und Verfolgung zu uns geflohen sind, menschenwürdige Wohnungen bereit zu stellen und willkommen zu heißen. Die hierfür notwendigen finanziellen Mittel sind in den Haushalt eingestellt, und das begrüßen wir.

Doch es gibt auch noch die kleinere Große Koalition, bestehend aus CDU und SPD, die sich in den kommenden Jahren um die Geschicke dieser Stadt kümmern soll, und mit dieser Koalition stimmen wir in vielem nicht überein. Aachen ist nicht nur die Hochglanzbroschüren-Stadt mit Karlsjahr und Reitturnier, sondern auch die Stadt, in der die Armut zunimmt. Jedes vierte Kind wächst in armen Verhältnissen auf, und immer mehr Menschen sehen sich mit Altersarmut konfrontiert. Nun hat diese Entwicklung in erster Linie bundespolitische Ursachen, aber die Folgen dieser Politik sind in den Kommunen spürbar, und darum müssen die falschen bundespolitischen Entscheidungen auch in den kommunalen Gremien benannt und kritisiert werden. Unsere Fraktion hat dies im Rat und in den Ausschüssen immer wieder getan, aber von der GroKo hört man hier wenig bis gar nichts.

Unsere Fraktion begrüßt, dass es im sozialen Bereich zu keinen Kürzungen kommt. Aber wir müssen hier genauer hinsehen. In den letzten Jahren sind die Erhöhungen bei den Leistungsvereinbarungen mit den Trägern der freien Wohlfahrtspflege deutlich geringer ausgefallen, als es die gestiegenen Personal- und Sachkosten sowie die erhöhten Beratungszahlen erfordert hätten. Dies kann dazu führen, dass die entsprechenden Träger zukünftig manche Aufgaben nicht mehr oder nicht mehr so umfassend wie bisher wahrnehmen können, was wiederum die sozialen Probleme in Aachen verschärfen könnte.

Für Menschen mit einem geringen Einkommen ist es immer schwieriger geworden, eine bezahlbare Wohnung zu finden. In den letzten Jahren sind viele Wohnungen aus der Sozialbindung gefallen, und diese Entwicklung wird sich in den kommenden Jahren fortsetzen. Auf der anderen Seite sind kaum öffentlich geförderte Wohnungen gebaut worden. Nun heißt es im Koalitionsvertrag von CDU und SPD, dass beim Wohnungsbau im Rahmen eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans der Anteil an geförderten Wohnungen zwischen 20 Prozent und 40 Prozent betragen soll, wobei eine Zielmarke von 30 Prozent angestrebt wird. Wenn wir an das Kronprinzenquartier denken, sind Zweifel angebracht, ob sich die GroKo immer an die Aussage aus ihrem Koalitionsvertrag hält oder nicht doch immer wieder vor den Interessen von Investoren einknickt, in dem man z. B. aus der Gesamtwohnfläche Wohneinheiten macht, was letztlich zu weniger preiswertem Wohnraum führt. DIE LINKE fordert, je nach Lage des Wohnprojektes, bis zu 50 Prozent öffentlich geförderten Wohnraum, natürlich gemessen an der Gesamtwohnfläche.

Die Innenstadtentwicklung ist, gerade auch im Hinblick auf das Aquis Plaza, zwar in aller Munde, ohne dass man jedoch etwas wirklich Sinnvolles hört. Wie wollen wir angesichts von 130 Shops, die der neue Einkaufstempel enthalten soll, einer Verödung von Teilen der Innenstadt entgegen wirken? Wie weit müssen Sie durch Aachen gehen, um 130 Geschäfte zu zählen? Und kann man 1 € nicht nur einmal ausgeben? Aber damit nicht genug: Gegenüber dem Aquis Plaza soll ja noch eine weitere ca. 4.000 m<sup>2</sup> große Fläche für Geschäfte entstehen. Wird z. B. die Großkölnstrasse dem standhalten können?

Für die zukünftige Entwicklung unserer Innenstadt, und hier denke ich auch an die Umgestaltung von Bushof und Büchel mit der Antoniusstrasse, muss ein Grundsatz gelten: Jedes Innenstadtkonzept hat den Interessen und Bedürfnissen der in Aachen lebenden Menschen zu dienen und nicht den Profitinteressen von Investoren.

Wenn es um die Interessen und Vorstellungen der EinwohnerInnen in unserer Stadt geht, müssen wir auch über ihre Beteiligung an politischen Entscheidungen sprechen. Trotz der nicht nur von unserer Fraktion vorgetragenen Kritik am Bürgerforum hat sich an der Ausgestaltung dieses Ausschusses nichts geändert, und auch die Einwohnerfragestunden in den Fachausschüssen bleiben abgeschafft. Die letzte Sitzung des Bürgerforums dauerte gerade einmal 13,5 Minuten. Das, meine Damen und Herren, ist eine Farce. Auch von einem Bürgerhaushalt – Entschuldigung: Dieser Begriff käme ja einer Revolution gleich – ich meine natürlich: Auch von der Beteiligung der BürgerInnen am Haushalt ist nicht mehr die Rede. Manche Menschen gelangen auch über eine ehrenamtliche Tätigkeit zu dem Wunsch, an politischen Prozessen beteiligt zu werden. Und wenn dann das Freiwilligenzentrum der Caritas nach fünf Jahren eine Erhöhung des Zuschusses um unter 1.000 € beantragt und dies vom Hauptausschuss abgelehnt wird, so ist diese Entscheidung kein gutes Signal an die ehrenamtlich Tätigen. Bei den städtischen Ausgaben für die Reiter EM ist man nicht so knauserig. An dieser Stelle noch ein Wort zum Aachen Tourist Service. Angesichts des Karlsjahres mit einem Rekord, was Übernachtungen angeht, sollten doch wohl die Hoteliers und Gastronomen, die ja von der Arbeit des Tourist Service profitieren, auch das Defizit des Vereins ausgleichen.

Nun hat die Große Koalition hinsichtlich der Haushaltskonsolidierung auch über Einnahmeverbesserungen nachgedacht, was auch grundsätzlich nicht schlecht ist. DIE LINKE hat schon immer der Erhöhung von Einnahmen den Vorzug vor Kürzungen gegeben, die meistens diejenigen treffen, die unsere Unterstützung am dringendsten benötigen. Aber die geplante Erhöhung der Grund-



steuer B lehnen wir entschieden ab, da sie auf die MieterInnen umgelegt wird und damit die Wohnkosten in einem ohnehin angespannten Wohnungsmarkt in Aachen weiter anhebt.

Anders sieht es bei der beabsichtigten Einführung einer Wettbürosteuer aus. Hier kann ich nur sagen: Es ist gut, dass die GroKo unserem Antrag folgen will.

Meine Damen und Herren, es ist die Aufgabe einer Opposition, die Vorstellungen und Ziele der Großen Koalition im Rat der Stadt zu kritisieren und unter Umständen abzulehnen. Noch besser ist es jedoch, wenn sie eine Ablehnung mit einem Gegenvorschlag kombiniert. Anstatt die Grundsteuer B schon in diesem Jahr zu erhöhen und nicht erst 2016, wie von der Kämmerin beabsichtigt, haben wir beantragt, eine Gewerbesteuerprüferin oder einen Gewerbesteuerprüfer einzustellen, um die Einnahmesituation für die Stadt zu verbessern. Dies findet, wie wir im Finanzausschuss erfahren durften, auch Unterstützung im Verwaltungsvorstand. Das freut uns. Und wenn dies nicht reicht, kann man für 2016 immer noch über eine erneute Erhöhung der Gewerbesteuer nachdenken.

Lassen Sie mich abschließend noch auf einige weitere für uns sehr wichtige Themen und Herausforderungen eingehen. Zum einen müssen wir endlich die Wiederbesetzungssperre für die VerwaltungsmitarbeiterInnen aufheben, damit diejenigen, die für die Stadt Aachen eine wichtige und engagierte Arbeit leisten, nicht mehr bis an ihre Belastungsgrenze und darüber hinaus gehen müssen. Dass es dagegen zusätzliche Stellen bei ErzieherInnen, im Fachbereich Soziales und bei der Feuerwehr gibt, wird von uns natürlich unterstützt. Ein weiteres Anliegen ist die langfristige Erhaltung und der Ausbau der Schulsozialarbeit, denn Schule hat sich von einem bloßen Lernort zu einem Lebensort entwickelt, und diesem Anspruch können LehrerInnen alleine nicht genügen. Und schließlich wird es in der Aachener Innenstadt ab Ende diesen Jahres eine Umweltzone geben. Auch wenn es in diesem Zusammenhang eine Reihe von Fragen gibt: Bei allen Überlegungen zu Maßnahmen der Luftreinhaltung muss es eine Priorität haben, nämlich die Gesundheit der Menschen in dieser Stadt zu schützen.

Meine Damen und Herren! Der heilige Thomas von Aquin hat einmal gesagt: „Zum künstlichen Reichtum gehören all die Dinge, die an sich kein natürliches Bedürfnis erfüllen, darunter das Geld, das eine Erfindung des Menschen ist“. Und mit dieser Erfindung müssen wir uns jetzt auch im vorliegenden Haushaltsplan herumschlagen, und wir können feststellen: Es gibt Licht, und es gibt Schatten. Es ist genügend Geld da, aber es fehlt in der Kasse der Kämmerin. Da bleibt der Fraktion DIE LINKE nur eines: Wir enthalten uns.

Leo Deumens  
Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Aachen

## **Rede von Wilhelm Helg, Vorsitzender der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Aachen zu TOP 6, Haushaltsplanberatungen 2015 in der Ratssitzung am 28. Januar 2015**

Es gilt das gesprochene Wort!

Herr Oberbürgermeister, Frau Stadtdirektorin, meine sehr verehrten Damen und Herren,

der Rat der Stadt Aachen beschließt heute über die Haushaltssatzung 2015 unter Einbeziehung der Veränderungsnachweisungen zum Haushaltsplanentwurf 2015. Der am 22. Oktober 2015 von der Stadtkämmerin, Frau Grehling, eingebrachte Entwurf 2015 wurde in den letzten Wochen und Monaten in den Bezirksvertretungen und Fachausschüssen beraten und ist jetzt beschlussfähig. Die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Aachen wird der Satzung jedoch hier und heute nicht zustimmen - wir lehnen diesen Haushalt in der von den neuen Mehrheitsfraktionen geprägten Fassung ab.

Im vergangenen Jahr 2014 ist in Aachen viel passiert. Die alte grün-schwarze Koalition ist über eine Personalfrage und den Umgang miteinander nach dem verlorenen Ratsbürgerentscheid zur Campusbahn zerbrochen, der Wähler hatte im Mai das Wort und die größte Fraktion im Rat, die CDU hat sondiert, Koalitionsgespräche geführt, ist der Wechselstimmung in Aachen gefolgt und hat dem alten grünen Koalitionspartner die kalte Schulter gezeigt und sich mit der SPD einen neuen Koalitionspartner gesucht.

Soweit so gut – nur politisch hat sich in Aachen seitdem so gut wie nichts geändert!

Dies muss sich im Jahr 2015 nun grundlegend ändern! Einer neuen Mehrheit muss immer etwas Zeit gegeben werden sich zueinander zu finden, den Koalitionsvertrag abzuschließen und dann im Sinne der gesamten Bürgerschaft das ihr von den Wählerinnen und Wählern entgegengebrachte Vertrauen zu bestätigen und auch neue Schwerpunkte zu setzen. Dies soll nunmehr insbesondere durch einen Personalwechsel im technischen Dezernat erfolgen, das sechzehn Jahre entscheidend durch eine einseitig grüne Ausrichtung geprägt wurde. Demokratie bedeutet Wechsel durch regelmäßige Richtungsänderungen in der Politik und das ist auch gut so – auch wenn es der einen oder anderen Partei einmal nicht gefällt!

Die FDP-Fraktion wünscht der neuen Mehrheit in Aachen viel Erfolg und bietet ihr von der Oppositionsbank aus ihre Unterstützung bei der Bewältigung der Zukunftsaufgaben an!

Wir haben in Aachen ein angenehmes politisches Arbeitsklima unter den Fraktionen – auch wenn man sich in der Sache das eine oder andere Mal auch einmal ordentlich streitet und dies wird von der Bürgerschaft seit Jahren auch entsprechend gewürdigt!

Gerade der vergangene Sonntag hat noch einmal eindrucksvoll unter Beweis gestellt, wie wir in Aachen bei gefährlichen Entwicklungen und schrecklichen Ereignissen alle - oder zumindest fast alle – zusammenstehen! Nachdem in den letzten Monaten aus diversen Krisengebieten, insbesondere Flüchtlinge aus Syrien, dem Irak, Afghanistan und aus Afrika zu uns nach Europa gekommen sind, haben sich in vielen Städten Pegida und ähnliche Organisationen aus einer unbegründeten Angst vor einer Islamisierung zu Montagsdemonstrationen zusammengefunden, was insbesondere von Rattenfängern am rechten politischen Rand zu einer Profilierung in der Öffentlichkeit ausgenutzt wurde.

Wir Aachener nehmen diese Flüchtlinge mit offenen Armen und ohne Vorbehalte im Herzen Europas auf! Bei uns gibt es keinen Platz für Ausländerfeindlichkeit, Vorurteile gegen Menschen, die aus anderen Kulturkreisen zu uns kommen, Islamophobie oder gar aus Angst vor Überfremdung entstandenem Hass. Diese Haltung von Solidarität und Weltoffenheit steht für uns Liberale im Mittelpunkt unseres politischen Handelns!

Unser Mitgefühl gilt aber auch – gemeinsam mit allen gesellschaftlichen und religiösen Verbänden, ob sie nun Christen, Juden oder Muslime sind - den Opfern der schrecklichen Anschläge von Paris! Die Meinungs- und Pressefreiheit ist eines der höchsten Güter in einer modernen und toleranten Gesellschaft und die Gemeinschaft derer, die in Europa in Frieden und Freiheit zusammenleben wollen, werden dieses Gut nicht einigen wenigen skrupellosen Mördern preisgeben!

Wir haben in Aachen in den nächsten Jahren vieles auf der Agenda! Die Europameisterschaften im Pferdesport werden wie das Karlsjahr 2014 wiederum viele Menschen aus der ganzen Welt nach Aachen bringen. Hoffentlich wird in den nächsten Jahren irgendwann einmal die Grenze von einer Million Übernachtungen erreicht und überschritten.

Im Oktober wird mit dem Aquis Plaza eine hochmoderne Shopping Mall am Kaiserplatz ihre Pforten für die Kunden öffnen. Dies wird dem Einzelhandel in der Stadt neue Impulse bringen! Wir dürfen aber auch die historische Altstadt rund um Dom und Rathaus nicht vernachlässigen. Es wird daher höchste Zeit, dass sich auch am Büchel endlich etwas tut. Mit dem Abriss des alten maroden Parkhauses noch in diesem Jahr ist es jedoch nicht getan, das gesamte Nikolausviertel muss neu beplant werden mit einem Mix aus kleinteiligem Einzelhandel, einem vielfältigen Gastronomieangebot und hochwertigem innerstädtischen Wohnen in unmittelbarer Nähe zum Weltkulturerbe.

Leider sehr kontraproduktiv ist in diesem Zusammenhang die von der Bezirksregierung für die zweite Jahreshälfte angekündigte Umweltzone. Nicht nur wir Liberale befürchten hier sehr negative Auswirkungen für das alltägliche Leben und den Handel innerhalb des Alleinrings!

Was nun den städtischen Haushalt und somit sowohl die Satzung 2015 als auch die weitere Entwicklung in der mittelfristigen Finanzplanung anbelangt, steht uns in Aachen leider nunmehr das Wasser bis zum Hals! Die Stadtkämmerin hat daher mit dem Erlass einer haushaltswirtschaftlichen Sperre im August vergangenen Jahres ein erstes Signal gesetzt und in der vergangenen Woche im Finanzausschuss berichtet, dass sich diese Maßnahme immerhin in Höhe von rund 7,8 Millionen Euro bewährt und Liquidität und Aufwand geschont hat – und das nachdem einige Ausnahmen gewährt werden mussten, die einen noch günstigeren Effekt in zweistelliger Millionenhöhe verhindert haben.

Die FDP-Fraktion dankt insbesondere Frau Grehling, Herrn Kind und Herrn Koslowski für den eingebrachten Entwurf, über den wir heute debattieren und später abstimmen und entscheiden. Wir wissen, welche Arbeit darin steckt und wie viele Nerven bei dieser Arbeit strapaziert worden sind, wenn täglich neue Zahlen eintrudeln und neue unvorhergesehene Effekte eintreten!

Der Haushalt wird deutlicher transparenter, nicht zuletzt durch die interaktive Einstellung mit der IKVS Datenbank – auch hierfür danken wir der Verwaltung.

Dies ändert jedoch nichts an unserer inhaltlichen Kritik an dem Zahlenwerk an sich. Schon bei der Genehmigung des Haushaltes 2014 hat die Bezirksregierung Köln kritisch angemerkt, dass der Sinn einer kommunalen Haushaltsplanung nicht darin liegen könne nur in jedem Falle das zweimalige aufeinanderfolgende Reißen der Fünfprozenthürde des Eigenkapitalverzehrs gerade so zu vermeiden.

Es wird auf die Dauer nicht mehr ausreichen, Jahr für Jahr immer nur die Hebesätze der kommunalen Steuern zu erhöhen. Letztes Jahr haben wir Liberale als einzige Fraktion in diesem Rat die Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes abgelehnt. Die Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens hat uns Recht gegeben! Mit 179,5 Millionen Euro liegen die prognostizierten Einnahmen deutlich unter dem Ansatz zum Zeitpunkt der Einbringung des Entwurfes, auch wenn die Erträge immer noch auf einem sehr hohen Niveau liegen.

Daher mussten die Ansätze nunmehr folgerichtig nach unten korrigiert werden, rund 9 % geringer gegenüber der alten Planung und bis 2018 mit einem jährlichen Zuwachs von 1,5 % versehen auf rund 195 Millionen in der Planung für 2018 statt knapp 201 Millionen in der Planung 2014 im vergangenen Jahr.

Die Erhöhung des Hebesatzes hat also fast überhaupt nicht zu einer Einnahmenverbesserung geführt, sie hat nur gerade einmal eine Verschlechterung vermieden.

Dieses Jahr soll nun der Hebesatz der Grundsteuer B von 495 Punkten um 30 Punkte auf 525 Punkte erhöht werden. Auch diese Hebesatzerhöhung lehnt die FDP-Fraktion – diesmal offenbar nicht alleine – ab! Bereits im Haushaltsplanentwurf wurde die Grundsteuererhöhung für die mittelfristige Finanzplanung 2016 bis 2018 eingeplant. Wegen weiterer Verschlechterungen hat die neue Mehrheit daher die Erhöhung bereits für 2015 im Rahmen der Veränderungsnachweisung auf 2015 vorgezogen. Sie soll rückwirkend ab dem 01.01.2015 in Kraft treten, wird jedoch dazu führen, dass neben der Wirtschaft auch nahezu alle Mieterinnen und Mieter draufzahlen müssen, da die Grundsteuer B im Wege der Nebenkostenabrechnung umlagefähig ist!

Bei einer Ablehnung des Beschlussvorschlages der Verwaltung würde sich der Haushaltsplan 2015 um 2,6 Millionen Euro verschlechtern. Es wird jedoch leider immer nur auf der Ertragsseite nachjustiert, statt endlich einmal auf der Ausgabenseite eine umfangreiche Aufgabenkritik auf die Tagesordnung zu bringen! Hier haben die Grünen vollkommen recht mit ihrer Kritik an der neuen Mehrheit, haben diese Aufgabenkritik in der Vergangenheit jedoch, als sie selbst jahrelang in verschiedenen Konstellationen Verantwortung für diese Stadt in der Gestaltungsmehrheit getragen haben, gescheut wie der Teufel das Weihwasser!

Es ist nunmehr Aufgabe der Großen Koalition als neuer Mehrheit diese Aufgabenkritik auf der Ausgabenseite 2015 in den Vordergrund zu rücken, die Opposition einzubinden und frühzeitig mit den Planungen zu beginnen und beispielsweise die Verpflichtungsermächtigungen bei im Vorjahr nicht begonnenen Investitionen auf den Prüfstand zu stellen, weniger wichtige Investitionen zu verschieben oder ganz zu streichen und damit nicht zuletzt auch erhebliche Zinskosten einzusparen.

Ich wage jedoch heute die Prognose, dass Anfang 2016 außer einer erneuten Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes erneut keine Konsolidierungsmaßnahmen beschlossen werden!

Auch die Einführung weiterer kommunaler Bagatell- und Sondersteuern wie der Bettensteuer vor zwei Jahren oder der Wettbürosteuer in diesem Jahr lehnen wir Liberalen ab. Der Aufwand rechtfertigt keineswegs den vielleicht irgendwann einmal, nämlich nur dann, wenn eine rechtmäßige Satzung gefunden wird, zu erwartenden Ertrag. Für die Rechtswidrigkeit der Wettbürosteuer spricht aber vor allem, dass sie gegen das Gleichartigkeitsverbot verstößt, denn die Wettbürosteuer ist gleichartig zur Sportwettensteuer. Des Weiteren verstößt sie gegen den Gleichheitssatz, denn es existiert keine Rechtfertigung einer unterschiedlichen Behandlung der Wettbüros und der Wettannahmestellen. Die Wettbürosteuer steht damit als Synonym für die Rechtsunsicherheit bei der Einführung einer kommunalen Steuer.

Durch die Veränderungsnachweisung wurden im Ergebnisplan Verbesserungen in Höhe von 2,9 Millionen Euro bei der Konsortialzahlung an die Städteregion, 2,6 Millionen wie soeben erwähnt durch das Vorziehen der Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes, 2,685 Millionen in der ersten Veränderungsnachweisung bei den staatlichen Schlüsselzuweisungen, 1,6 Millionen Euro bei der Regionsumlage und knapp 2 Millionen Euro bei der Hilfe des Bundes für die Unterbringung der Flüchtlinge und Verschlechterungen von 3 Millionen Euro bei der Gewerbesteuer und 2,2 Millionen Euro für die KUBA erzielt. Dies führt dazu, dass der Fehlbedarf 2015 von 39,6 Millionen Euro im Entwurf auf 38,7 Millionen Euro aktuell gesenkt werden konnte, was den Eigenkapitalverzehr 2015 von 4,82 auf 4,73 % senken und 2016 von 5,23 % auf 5,03 % absenken konnte. Der Abstand zum Reißen der 5 %-Grenze wird dadurch etwas größer, was uns aber nur wenig Spielraum verschaffen dürfte.

Wenn man die Entwicklung des Eigenkapitals über einen langfristigen Zeitraum betrachtet, kann einem jeden jedoch nur Angst und Bange werden. Seit der Eröffnungsbilanz 2008 wurden neben einer Ausgleichsrücklage in Höhe von 135,4 Millionen Euro bis 2015 auch bereits fast 100 Millionen Euro aus der allgemeinen Rücklage verzehrt – und bis zum Ende des Zeitraumes der mittelfristigen Finanzplanung 2018 noch einmal fast 115 Millionen – also insgesamt fast eine Viertel Milliarde Euro Eigenkapitalverzehr in einem Jahrzehnt! Es wird damit in den folgenden Jahren immer schwerer die 5 %-Hürde nicht zu reißen, da die Bemessungsgrundlage immer mehr abschmilzt.

Da fragt man sich, wo stünden wir in Aachen heute, wenn die Bürger nicht vor knapp zwei Jahren mit überwältigender Mehrheit beim Ratsbürgerentscheid den Bau der Campusbahn mit Investitions- und Folgekosten in dreistelliger Millionenhöhe gestoppt hätten!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit!

## Piratenfraktion im Rat der Stadt Aachen

Johannes-Paul-II-Straße 1  
Raum 136  
52062 Aachen

Piratenfraktion, Johannes-Paul-II-Str. 1, 52062 Aachen, Deutschland



Piratenfraktion im Rat der Stadt Aachen  
Herrn Udo Pütz

Nütheimer Str. 116  
52076 Aachen

Tel.: +49 (0)241 432 7265  
E-Mail: [fraktion@piratenpartei-aachen.de](mailto:fraktion@piratenpartei-aachen.de)  
Web: [fraktion.piratenpartei-aachen.de](http://fraktion.piratenpartei-aachen.de)

Ihr Zeichen, Schreiben vom:

Unser Zeichen, Schreiben vom:

Name, Telefon:  
Ehanantharajah, -7267

Aachen den  
01.02.16

### "Aachener Standard statt Aachener Verhältnisse"

Sehr geehrte BürgerInnen,  
Sehr geehrte RatskollegenInnen,  
Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
wir haben ja alle gerade schon mehrmals gehört, dass die Haushaltssituation Aachens miserabel ist.

Im Dezember wurden die Haushaltsberatungen abgebrochen, da fehlende Gewerbesteuererinnahmen von knapp 7 Mio. € keinen genehmigungsfähigen Haushalt erlaubt hätten.

Nun, nur 1,5 Monate später, haben sich so viele Haushaltspositionen geändert, dass die Kommune nur einen hauchdünnen Spielraum von 40-150t € hat. Dies ist ja "einfach" nachvollziehbar auf den über 300 Seiten mit Änderungen dieses Tagesordnungspunktes - zu den schon "übersichtlichen" 2800 Seiten des normalen Haushaltes.

Über die vergangenen Jahre haben wir Piraten die Kämmerin aufgefordert, die Haushaltsdaten maschinenlesbar herauszugeben, damit diese dann in einem "offenen Haushalt" im Internet dargestellt werden können.

Es hatte sich dafür ein Aachener Bürger angeboten, den offenen Haushalt zu machen. Die Verwaltung hatte das damals abgelehnt, weil sie es selbst in der Hand halten wollte. Jetzt macht es doch ein externer Dienstleister, aber teurer und schlechter.

Die Stadt möchte mit ihrem Open-Data-Portal seit 2015 ihren Willen für die Umsetzung einer eigenen Open-Data-Strategie bekräftigen. Umgekehrt weigert sich die Kämmerin weiterhin kategorisch, die zugrunde liegenden Daten offenzulegen, obwohl der Dienstleister das sogar als Option anbietet. Der Posten dafür war bereits sogar im Haushalt eingestellt und die GroKo, die Linke und wir Piraten waren für die Offenlegung der Daten. Die Verwaltung blockiert hier aus eigener Motivation den politischen Willen des Rates und kommt ihrer Aufgabe nicht nach.

\*(Antrag GroKo: <https://ratsinfo.aachen.de/ri/vo020.asp?VOLFDNR=13218#searchwordund>  
Antrag Linke: <https://ratsinfo.aachen.de/ri/vo020.asp?VOLFDNR=12838>).

Piratenfraktion im Rat der Stadt Aachen  
Johannes-Paul-II-Straße 1 (Raum 136), 52062 Aachen  
Telefon: +49 (0)241 432 7265  
Mail: [fraktion@piratenpartei-aachen.de](mailto:fraktion@piratenpartei-aachen.de)  
Geschäftsführer: Rahu Ehanantharajah  
Fax: +49 (0)241 92 78 68 72  
Web: [fraktion.piratenpartei-aachen.de](http://fraktion.piratenpartei-aachen.de)

Dass die Stadt nun in ihrem Open-Data-Portal auf die Webseite des externen Dienstleisters und die fertige Auswertung der Haushaltsdaten verlinkt, sind Zeugnis des eher unzureichenden Verständnisses von offenen Daten.

Wenn man einen Überblick über die im Haushalt vorhandenen Probleme lesen will, ist der Bericht der Gemeindeprüfanstalt eine "menschen"lesbare Möglichkeit.

Der Haushalt ist geschönt!

Wie die GPA feststellt, werden die Verluste der Eigenbetriebe aus ihren eigenen Rücklagen genommen und nicht von der Stadt ausgeglichen. Das ist nicht nachhaltig.

Der Haushalt ist also, wie gerade beschrieben, schwer zu erfassen. Ist das vielleicht auch der Grund, warum die Verwaltung 8 Einsparideen für den Haushalt einbringt, die achso Große Koalition mit umfänglichen Erklärungsoptionen seitens der Verwaltung aber bloß 2 - plus einige neue Kostenpunkte. Die Summe dieser Einsparideen? Nachzulesen im Anhang 6: für 2016 sind das sagenhafte 153t € - bei einem Gesamthaushalt von über 943 Mio. - ein Zentel Promille.

Wo sind wirkliche Sparvorschläge? Zur Zeit haben wir ein Maximum an Bundes- und Landeszusweisungen - trotzdem bleibt ein gleich hoher Fehlbetrag?

Wie funktioniert das wenn die Einnahmen - aus welchem Grund auch immer - mal abnehmen?

Es findet ja noch nicht mal eine Reduzierung der Neuverschuldung statt - geschweige denn eine Tilgung.

Vielleicht muss ich das ja auch nicht verstehen.

Der größte Posten unter den freiwilligen Leistungen ist im Übrigen das Theater - und hier wird noch nicht einmal im Ansatz drüber geredet. Wir hoffen, wenigstens noch weitere Kosten, in Form des angedachten Zollmuseums, vermeiden zu können.

In diese Kategorie "nicht verstehen" fällt auch die Idee, 10 Kitas in den kommenden Jahren bauen zu wollen. Hiermit würde die SPD den Haushalt noch weiter in Schieflage bringen. Mit diesen Kitas will die SPD die 50% U3-Quote erreichen. Grundsätzlich ein hehres Unterfangen.  
<Pause>

Meiner Ansicht nach sollte aber der Bedarf gedeckt und nicht auf Teufel komm raus einer willkürlichen Zahl nachgejagt werden.

Die Stadt könnte auch elterliche Initiativen wie die der Kita Kind und Kegel sinnvoll unterstützen - die haben vor kurzem ihr 25-jähriges gefeiert - bis jetzt ohne Zuschüsse seitens der Stadt übrigens.

Es werden 20 Mio. € für 10 Kitas in Modularer Bauweise angesetzt und dies entgegen die Erfahrung und Ratschläge unseres eigenen Gebäudemanagements!

Kindertagespflegepersonen - vulgo Tagesmütter -, brauchen im übrigen keine solchen Gebäude. Viel Geld fließt in Gebäude - aber nicht wirklich in die Kinderbetreuung.

20 Mio.€ werden also für Gebäude vorgemerkt - umgekehrt den Tagesmüttern aber das Geld für ihre Existenz vorenthalten und darüber laufende Rechtsstreite behindert. Sehr sozial.

Wer wird im Übrigen diese Kitas betreiben: Stadt oder freie Träger?

Nach Aussagen der GroKo sind freie Träger billiger als städtische Kitas. Sie will, dass künftig nur freie Träger zum Zug kommen. Laut dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Michael Servos auch wegen des sog."Wahlrecht" der Eltern. Die freien Träger jammern aber, (zum Teil auch zu Recht) , dass das Geld vorne und hinten nicht reicht. Wie funktioniert das denn dann??

Eigentlich wird allgemein angenommen, dass eine zentrale Verwaltung viel effizienter und günstiger ist wie viele kleine - dann müssten aber städtische Kitas günstiger sein. Wo kommen denn dann die Ersparnisse her? Vielleicht zahlen die freien Träger viel weniger fürs Personal als die Stadt?

Eigentlich war die SPD mal gegen Ungleichbehandlung, gegen Diskriminierung und FÜR soziale Gerechtigkeit.

Trotz der schlechten Haushaltslage ist es aber möglich, Prestigeprojekte durchzuführen.

CDU und SPD haben sich dieses Jahr z.B. ein eigentlich interessantes Thema auf die Fahnen geschrieben: das Wissenschaftsjahr.

Dabei werden, mit sehr viel Geld, leider nur Werbekampagnen gefahren und Leuchtturm-Events veranstaltet, die unsere exzellente Hochschule rühmen. Die Summen dafür wurden im Dezember, trotz meines Hinweises auf die da schon bekannte desaströse Haushaltslage, nochmals erhöht.

Während eine engere Kooperation zwischen der Verwaltung und der RWTH sicherlich sehr wünschenswert ist, um einige der in Aachen erstellten Forschungs- und Studienergebnisse den Aachener Bürgern nahe zu bringen, braucht die Stadt Aachen eigentlich kein Geld in die Werbung der Hochschulen zu stecken - deren Budgets dafür lassen die Stadt immer alt aussehen.

Für mich scheint die Absicht der GroKo zu sein, Aachen durch den Abglanz der RWTH für die existierenden Gewerbebetriebe attraktiver zu machen - so dass diese eher bereit sind, einen höheren Gewerbesteuersatz als im Umland zu ertragen. Das Ergebnis dieser Erhöhung waren bis jetzt nämlich Abwanderungen.

Wenn man mehr Gewerbe in Aachen haben will, wäre das Geld anderswo besser angelegt. Zum Beispiel muss dafür gesorgt werden, dass sich unseren Studierenden nicht von vornherein als Bürger auf Zeit verstehen. Sondern sich von Anfang an mit ihrer neuen Heimatstadt identifizieren können. Sich vorstellen können, aber auch die Möglichkeiten haben, hier Startups zu gründen.

Aktuell ist es aber so, dass zu viele Studierende aus Aachen weggehen. Anhand der Ratsunterlagen sieht man, dass quasi gar nichts für die Studierenden in Aachen gemacht wird. Die Studierenden werden von Seiten der Verwaltung und Politik als Bürger für 4 Jahre gesehen - und dementsprechend behandelt - Stichwort Zweitwohnungssteuer. Dies zeigen auch die Forschungsergebnisse der Projektgruppe Dear Hunter sehr deutlich.

\*(<http://www.deareuregio.eu>)

Wenn deren Forschungen nicht von Anfang an sowohl von Verwaltung wie auch der Politik als externe Bürgerbeteiligung mißverstanden werden wollten wären die Ergebnisse über eine Verteilung der Aachener Bevölkerung - Studenten - RWTH - Stadtverwaltung - Bürger - sehr interessant.

Aber alles ist ja irgendwie miteinander verwoben. Wer in Aachen bleiben soll, braucht eine Wohnung.

Diese Bleibe ist, entsprechend der persönlichen Situation, ein eigenes Haus oder eine Sozialwohnung. Für beides muss gesorgt werden.

Die sehr "interessanten" Ideen der Grünen für eine Finanzierung des Sozialen Wohnungsbaus - anhand von Stiftungsmitteln - und die böse Antwort der Verwaltung kann man heute als Tagesordnungspunkt Ö24 bewundern.

Warum muss die Verwaltung einer ehemaligen Koalitionspartei mit 30 Jahren Erfahrung im Kommunalen die Verwendung von Stiftungsmitteln erklären. Zumal diese Partei mit dabei war, den massiven Abbau von Sozialwohnungen mit zuzulassen.

Als Begründung für ein städtisches Vorgehen jetzt geben die Grünen an, die privaten Unternehmen wollten dort nicht aktiv werden. Das ist interessant.

Geld für Neubauten von der KfW ist ja da - Interesse seitens der privaten Investoren - nach deren Aussagen in Gesprächen mit unserer kleiner Fraktion - auch.



Aber die Privaten brauchen Grundstücke. Zu sehen ist das bei den Bieterwettbewerben um verfügbare Grundstücke - auch wenn soz. Wohnungsbau da gemacht werden muss. Für Kombi-Deals - dem Zuschlag bei mehreren Grundstücken - bieten die Interessenten sogar 100% sozialen Wohnungsbau. Die Grünen sitzen mit mir im Wohn- und Liegenschafts sowie im Planungsausschuss und hätten das da auch mitbekommen können.

Bei gewissen Aussagen weiss man aber auch direkt, wie weit es mit der politischen Willensbildung der anderen Parteien her ist:

"Der Markt ist der Markt und bleibt am Markt, weil der schon immer am Markt war." Dies war die Antwort eines Ratsherren auf unseren Ratsantrag, den Wochenmarkt dahin zu verlegen, wo sowohl die Marktbeschicker wie auch die Verbraucher ihn gerne hätten.

Aber anstatt den Marktbeschickern Möglichkeiten für besseren Umsatz zu geben - was ja umgekehrt auch höheres Interesse bei den Bürgern bedeutet -, verbleibt man beim Status Quo. Interessanter Hinweis aus unserer Erfahrung: Wir, als kleinste Fraktion, haben an mehr Sitzungen der Verkehrsentwicklungsplanung teilgenommen als die ganze GroKo - was ihr gestalterisches Engagement aufzeigt.

In Münster, einer vergleichbar großen Stadt, floriert der Wochenmarkt. Es gibt Kühlwagen für die Lagerung der schon getätigten Einkäufe und sogar eine eigene Marktzeitung.

Unsere Idee, die mit dem Fortschreiten des Projektes Nikolausviertel noch Nährboden bekommt, wäre ein PKW-Verbot im inneren Ring ab 2020. Dies würde sicherlich auch der Luftqualität zu Gute kommen. Und damit wäre genügend Platz für einen großen Markt vorhanden und die Attraktivität der Innenstadt würde sehr gehoben.

Als wilde Idee: Vielleicht könnte man dann im inneren Bereich auch einen fahrscheinlosen ÖPNV umsetzen, damit ein niederschwelliges Angebot entsteht, Busse bzw. Park+Ride zu benutzen. Als Modellprojekt ist meiner Meinung nach Aachen mit seiner Grenzlage gut geeignet.

Man kann ja mal politische Ideen haben. Könnte anderen auch nicht schaden.

Zu der aktuellen Flüchtlingssituation in Aachen habe ich bis jetzt nichts gesagt, auch wenn es ein beherrschendes Thema ist. Wir haben uns in den vergangenen Monaten beleidigende Abfuhren mit anschließender Umsetzung unserer Vorschläge angesehen. Damals wie heute sehen wir die Gefahr, dass Parallelgesellschaften geschaffen werden. Wir haben uns schon jeher für eine kleinteilige Unterbringung von Flüchtlingen ausgesprochen, um Integration zu ermöglichen. Flüchtlings- und Sozialwohnungen werden dringendst gebraucht. Die Unterbringung der Flüchtlinge in Container ist finanziell eine Katastrophe und in der Größenordnung keine irgendwie geartete Lösung für eine erfolgreiche Integration - welche aber dringend nötig ist. Refugees welcome!

Der Schlüssel zu einer prosperierenden und erfolgreichen Zukunft Aachens läuft schon heute Tag um Tag durch die Straßen dieser Stadt: junge Menschen - egal ob in Aachen geboren, als Studenten nach hier gekommen oder als Flüchtling jetzt in Sicherheit!

Werte Ratskollegen: Nehmen Sie endlich ihr politisches Mandat wahr und gestalten Sie die Zukunft dieser Stadt!

Als Nachsatz: Ein zusätzlicher Haushaltsposten, der keine Existenzberechtigung hat, kommt dieses Jahr noch dazu. Die Kosten der Ratsgruppe von Herrn Mohr mit dem Ex-ProNRWler. An dieser Gruppenbildung werden wir messen können, wie weit die AfD ihre eigene Landessatzung durchsetzt - denn in dieser ist explizit genau eine solche Kooperation "mit Vertretern des rechtsradikalen Spektrums" verboten. So, und jetzt uns Allen Geduld und gute Nerven bei den hoffentlich erträglichen Äußerungen des Redners der gewünschten Rechten Gruppe.